Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

89 (22.2.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühren: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokale Inserate 15 Pf., für auswärtige, Inserate 20 Pf. im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 22. Februar 1900.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

151. Sitzung vom 21. Februar.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: Fürst Hohenlohe, Graf Posadowsky u. A.

Vicepräsident **v. Frege** eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Winterer betr. Aufhebung des Ausnahmegesetzes (Diktaturparagraphen) für Elsaß-Lothringen.

Abg. **Winterer** (Elsässer): Meine politischen Freunde haben wiederholt schon die Aufhebung des Diktaturparagraphen beantragt. Wenn wir diesen Antrag heute wieder einbringen müssen, so ist das nicht unsere Schuld. Der Diktaturparagraph ist das älteste Ausnahmegesetz in Deutschland, es ist noch älter als das Jesuitengesetz. Ich erwähne dies, nicht um es so hinzustellen, als ob er durch sein Alter ehrwürdig geworden sei, sondern um nachzuweisen, daß er ausgedient hat. Der Paragraph enthält so viele Kautschukbestimmungen, wie kein anderes Gesetz. In Elsaß-Lothringen herrscht auf Grund dieses Paragraphen ein fortwährender Belagerungszustand seit nunmehr 28 Jahren. Es wird gesagt, wir mäßen dem Paragraphen eine zu hohe Bedeutung bei, aber derselbe ist noch von jedem Statthalter anders ausgelegt worden; einige haben ihn milder, andere härter gehandhabt. Eine Ausnahmebestimmung, welche gestattet, harmlose Staatsbürger auszuweisen, ohne Verhör, ohne gerichtliche Verhandlung, welche gestattet, ohne Weiteres Zeitungen zu verbieten, muß als exorbitant bezeichnet werden. Unser Volk ist ein ordnungsliebendes Volk geblieben. Seit 25 Jahren herrscht Ruhe im Lande. Die Kriminalistik ist günstiger, als anderswo. Deshalb bedarf es solcher Ausnahmebestimmungen nicht, die gewöhnlichen Mittel reichen vollständig aus. Unter solchen Umständen kann nicht die Rede von einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit sein, die den Diktaturparagraphen rechtfertigte. Nun sagt man uns, der Paragraph wird nur wenig benutzt. Ja, das ist doch ein Grund mehr, ihn abzuschaffen. Er ist jedoch noch immer eine schwere Drohung, er lastet schwer auf den ganzen Verhältnissen, er wirkt auf die Bevölkerung deprimirend und erbitternd. Nicht nur wir Reichstagsabgeordnete, nein, auch der ganze Landesausschuß, das ganze Land fordert die Aufhebung. Ich bitte Sie deshalb, unsern Antrag anzunehmen.

Reichskanzler Dr. Fürst **zu Hohenlohe:** Meine Herren! Es ist nicht meine Absicht, auf die staatsrechtlichen Deduktionen über die Stellung von Elsaß-Lothringen einzugehen, ebensowenig auf die von dem Herrn Vorredner geschilderten angeblichen Nachtheile der außerordentlichen Gewalten, die früher dem Oberpräsidenten von Elsaß-Lothringen, seit 1879 dem Statthalter eingeräumt worden sind. Diese Ausführungen können uns zwar ein Bild der Wünsche des Landes geben, haben aber wenig praktischen Werth; denn ich bedauere, deren Erfüllung nicht in Aussicht stellen zu können. (Hört! hört! links.)

Der sogenannte Diktaturparagraph ist erst in neuerer Zeit an die Oberfläche getreten, nachdem lange Zeit hindurch Niemand sich um die angeblichen Gefahren desselben gekümmert hat. Ich habe neun Jahre in Elsaß-Lothringen als Statthalter gelebt und darf sagen, daß man sich damals nur wenig mit den außerordentlichen Gewalten des Statthalters beschäftigt hat. Konnte doch der frühere Unterstaatssekretär in Elsaß-Lothringen, Staatsminister von Köller, hier im Reichstag erklären, daß er 4 Jahre im Amt gewesen sei, ohne den Diktaturparagraphen gelesen zu haben. Wenn dies einer der ersten Verwaltungsbeamten des Landes sagen konnte, so beweist es doch, daß die Schrecknisse, die man dieser gesetzlichen Bestimmung jetzt zuschreibt, nicht im Vordergrund der Diskussion standen. Erst in neuerer Zeit ist die Frage wieder aufgetreten, und zwar, weil man erkannte, daß sie sich als Agitationsmittel verwerthen lasse, um Unzufriedenheit und Mißstimmung zu erregen. (Unruhe bei den Elsässern und im Centrum.) Im Wesentlichen ist jene gesetzliche Bestimmung nur eine Warnungstafel, oder — besser gesagt — eine Fahne, die wir aufpflanzen gegenüber der französischen Gesinnung, so weit sie noch vorhanden ist. Ich erkenne gern an, daß die Bevölkerung des Reichslandes deutsch gesinnt und loyal ist. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß eine Minderheit noch antideutsche Gesinnung hegt. Die alten Beziehungen haben Wurzeln hinterlassen, die hie und da wieder neue Reiser hervortreiben. Ich will damit dieser Minderheit keinen Vorwurf machen, ich erwähne nur Thatsächliches. Dafür will ich Ihnen ein Beispiel aus jüngster Zeit anführen. Sie wissen, daß die Regierung mit dem Gedanken umgeht, die wissenschaftliche Ausbildung des reichsländischen Klerus einer katholischen Fakultät an der Universität Straßburg zu übertragen. Hervorragende deutsche Katholiken empfehlen diese Maßregel, und in Rom ist man dem Projekte günstig gestimmt. Nun erhebt sich dagegen unter einem großen Theil des elsässischen Klerus Widerspruch und leidenschaftlicher Protest. Ich kann diesen Widerspruch nur dadurch erklären, daß ich ihn auf die französische Gesinnung eines Theiles des Klerus zurückführe (Unruhe im Centrum), daß ich annehme, daß dieser protestirende Theil des Klerus an den französischen Traditionen hängt, die sich im großen Seminar erhalten haben. Dies beiläufig als ein Beispiel.

Was die außerordentlichen Gewalten des Statthalters betrifft, so gelten diese nur für außerordentliche Zustände. Daß solche Zustände eintreten können, wird Niemand leugnen können. Elsaß-Lothringen ist ein Grenzland. Unsere Nachbarn sind erregbar. Unsere Bevölkerung steht noch an vielen Orten in Beziehungen zu ihren früheren Landsleuten. Es ist immerhin möglich, daß wir von etwaigen im Nachbarlande auftretenden Erschütterungen nicht unberührt bleiben. Allerdings sind unsere Beziehungen zu der französischen Regierung die denkbar besten (hört, hört!) und auch im Lande ist die Stimmung für uns eine freundlichere als in früheren Jahren. (Hört, hört!) Aber eine Gewähr für die Dauer dieser Stimmung kann Niemand geben. Deshalb müssen wir für alle Eventualitäten vorbereitet sein und dürfen die Mittel nicht aus der Hand geben, deren wir zur Sicherung unseres Besitzes bedürfen.

Wir haben Elsaß-Lothringen nicht durch Volksabstimmung, sondern mit Waffengewalt erworben und wollen das wiedergewonnene Land behalten. Das ist unser Recht! (Beifall rechts.)

Abg. **Riff** (fr. Vg.): Im Reichstage ist die Stimmung unserm Antrag gegenüber eine ganz andere geworden. Ursprünglich wurde er schroff abgelehnt, zuletzt jedoch fand er eine wohlwollende Aufnahme. Wenn die Regierung über die Stimmung der Bevölkerung besser unterrichtet wäre, hätte sie überhaupt auf den Diktaturparagraphen verzichtet. Der Reichskanzler sprach heute von einer reichsfeindlichen, deutschfeindlichen Minderheit im Elsaß. Ich bitte die Regierung um genauere Auskunft hierüber, und auch um den Nachweis, daß die Revanchearikel französischer Blätter Einfluß auf die Stimmung der elsäßischen Bevölkerung gehabt haben. So weit mir bekannt ist, ist all dies Geschwätz und all das Geschreibsel von dem gesunden Menschenverstand der elsässischen Bevölkerung abgeprallt. Der Hinweis auf die auswärtige Gefahr verfängt nicht mehr. Für den Diktaturparagraphen ist angeführt worden, man brauche ihn, weil der Patriotismus einzelner elsaß-lothringischer Abgeordneten nicht über jeden Zweifel erhaben sei. Ich bedauere, daß diese Worte gefallen sind. Denn die Regierungsfreundlichkeit ist doch nicht allein der Gradmesser für den Patriotismus, man kann doch nicht dem, der in der Opposition steht, ohne Weiteres den Patriotismus absprechen. Und der Begriff der Regierungsfreundlichkeit ist doch auch ein weit begrenzter, von der persona gratissima bis zur persona minus grata. Es hieße offene Thüren einrennen, wenn ich jetzt noch auf die Ausweisungen, auf die Unterdrückungen der Zeitungen hier ausführlich eingehen wollte. Eine Agitation durch auswärtige aufreizende Zeitungen ist ja möglich, aber stehen denn der Regierung dagegen keine anderen Machtmittel als der Diktaturparagraph zur Verfügung?

Abg. **Hauß** (Elsässer): Nicht nur in der älteren, auch in der jüngeren elsässischen Bevölkerung ertönt immer mehr der Ruf nach Abschaffung der Diktatur. Wir Alle meinten, daß nach der Fertigstellung der Ausführungsgesetze zum bürgerlichen Gesetzbuch der Paragraph abgeschafft würde. Aber das neue Recht, das neue Jahrhundert kam, die Diktatur blieb. Wir elsaß-lothringische Reichstagsabgeordnete stehen voll und ganz und sammt und sonders auf dem Boden der Reichs-Verfassung, wir wissen, was wir dem Reichstag, dem wir angehören, schuldig sind. Aber wenn wir dann hier nach bestem Wissen und Gewissen auftreten, so hat kein Minister und kein Staatssekretär das Recht, uns unnoble Gesinnung vorzuwerfen. Auch wir besitzen eine Waffe, die wir hier brauchen können, wir wollen das jetzt noch nicht thun, weil wir nicht Böses mit Bösem vergelten wollen. Aber bringen Sie uns nicht dazu, die Waffe zu brauchen. Wir werden immer und immer wieder unsere Beschwerden und Wünsche hier vorbringen, unbekümmert um die Drohungen und Verleumdungen, die man uns entgegenschleudert. Immer ducken und Maul halten, das ist die Parole der Regierung, wer das nicht thut, ist ein Reichsfeind und Landesverräther! Der Staatssekretär von Puttkamer wird keinen Beweis für seine Behauptungen aufbringen. Wenn man die Reden, die für den Diktaturparagraphen gehalten werden, hört, müßte man glauben, daß im Elsaß überall die Verschwörer herumliefen. Aber daß dies nicht der Fall ist, beweist schon die Rede des Kaisers bei seiner letzten Anwesenheit im Elsaß, der ausdrücklich die loyale und patriotische Haltung der Bevölkerung anerkannte.

Abg. **Prinz Hohenlohe** (b. k. F.): Was mich veranlaßt, hier ums Wort zu bitten, ist der Wunsch, meine persönliche Stellung zu dem vorliegenden Antrage darzulegen, die, wie ich glaube, für einen Theil der Abgeordneten von Werth ist. Ich habe vor einiger Zeit in einem in Colmar in französischer Sprache erscheinenden Blatte einen Artikel gelesen, der eine längere Ausführung darüber brachte, in welche schwierige Stellung ich kommen würde, wenn der Diktatur-Paragraph im Reichstage zur Sprache kommen würde. Am Schlusse des Artikels hieß es, man könne gespannt sein, mit Hilfe welcher Diplomatie ich mich herausreißen würde. Nun, ich finde, „Diplomatie" ist hier gar nicht nöthig. Meine Stellung zu der Frage ist ganz klar und einfach. Ich bin allerdings vor den letzten Reichstagswahlen dafür eingetreten, daß es Bestreben der zu wählenden Abgeordneten sein müsse, die allmähliche Gleichstellung des Reichslandes mit den übrigen Bundesstaaten herbeizuführen. Ich bin dafür eingetreten, daß auch der Diktaturparagraph aufgehoben werden könne, aber unter der Bedingung, daß der Regierung eine Waffe gelassen werde zur Bekämpfung der inneren und äußeren Empörung. (Lachen links.) Wo steht aber in dem vorliegenden Antrage etwas von einer solchen Waffe? (Zuruf: Das hat doch nichts mit dem Antrage zu thun!) In dem Antrage steht nur, daß der Diktatur-Paragraph aufgehoben werden soll, anders nichts. Ich brauche auf meine frühere Erklärung übrigens nicht näher einzugehen. Ich habe mir jederzeit volle Freiheit des Handelns vorbehalten.

Ich gestehe ganz offen: Wenn ich an die ausgezeichnete, friedliche, vortreffliche Bevölkerung meines Wahlkreises denke und an so manchen andern Wahlkreis des Landes, so bin ich versucht, dem vorliegenden Antrage zuzustimmen. Für einen großen Theil der Bevölkerung des Reichslandes wäre die Aufrechterhaltung des Paragraphen nicht nöthig, von einem großen Theil kann man sich wirklich sagen: hier haben wir eine friedliche, ruhige, deutschdenkende und deutschfühlende Bevölkerung. Aber für die gesammte Bevölkerung ist das nicht zutreffend. Es giebt diesseits der Vogesen eine Menge Deutsche, deren Verhalten es der Regierung schwer, ja fast unmöglich macht, auf den Diktatur-Paragraphen zu verzichten. Ich könnte hier meine Erfahrungen aus meiner zweijährigen Praxis als Verwaltungsbeamter anführen. Ich will das aber nicht thun, sondern mich an die Gepflogenheit des Hauses halten, nach der es, soweit ich weiß, nicht Sitte ist, als Abgeordneter über seine Beamtenthätigkeit zu sprechen. Diese Erfahrungen brauche ich aber auch gar nicht. Es genügen mir schon meine einfachen Erfahrungen als Zeitungsleser. Wer das zweifelhafte Vergnügen hat, jeden Morgen zum Frühstück gewisse elsäßische Blätter zu lesen, bekommt doch ein eigenthümliches Bild von der Gesinnung dieser Presse, welche leider fast ausschließlich von katholischen Geistlichen geleitet und inspirirt wird. Tag für Tag kann man in dieser Presse Auseinandersetzungen finden, aus denen in jeder Zeile die einseitig günstige Beurtheilung Frankreichs, die milde Auffassung event. Vertheidigung dort bestehender Uebelstände und Schäden hervorsticht. Wie anders ist das Bild, wenn es sich um die Beurtheilung deutscher Angelegenheiten handelt: Herabsetzung absichtlich ungünstige Darstellung deutscher Verhältnisse, Hervorheben der Verschiedenheiten zwischen dem Elsässer und den anderen Reichsangehörigen finden wir da. Immer wieder geht das Bestreben dieser Leute dahin, eine Kluft zwischen Altdeutschen und Elsässern zu schaffen. Die jetzige Regierung ist so milde, wie sie das Elsaß seit langen Jahrhunderten nicht gehabt hat. (Zuruf bei den Elsässern: Na, Na!) Ich lege auf solche Preßäußerungen keinen zu großen Werth, aber bezeichnend sind sie doch für die Gesinnung eines Theiles der Bevölkerung. Freilich wird die Geschichte über diese Bestrebungen zur Tagesordnung übergehen. Der Prozeß, der sich im Reichslande unaufhaltsam vollzieht, wird durch diese Bestrebungen einst aufgehalten werden. Aber trotzdem bleibt es gerade im Interesse der friedlichen Bevölkerung erwünscht, daß die Regierung die nöthigen Machtmittel in der Hand behält. Und wenn der Diktaturparagraph einmal auch dem friedlichen Theil der Bevölkerung ungemüthlich wird, dann mag dieser sich bei denen bedanken, die nicht müde werden, Unruhe zu stiften und beunruhigende Gedanken im Volke zu verbreiten.

Abg. **Höffel** (Rp.): Zur Zeit wird das Bestehen des Diktaturparagraphen von der Bevölkerung als ein Mißtrauen seitens der Regierung aufgefaßt. Wenn man darauf hinweist, daß der Paragraph nicht angewandt wird, so beweist das doch nur, daß der Paragraph nicht nöthig ist. Die ganze Bestimmung trägt den Stempel der Unfertigkeit, wie alle staatsrechtlichen Bestimmungen über die Stellung Elsaß-Lothringens. Es wäre gewiß nur im Interesse des Landes, wenn das Reichsland den anderen Ländern gleichgestellt würde. Elsaß-Lothringen ist ja in mancher Beziehung benachtheiligt; so hat es im Bundesrath kein Stimmrecht. Der Diktaturparagraph ist ein Ueberbleibsel aus früherer Zeit, das sowohl im Interesse der Reichslande als auch im Interesse des deutschen Reiches beseitigt werden muß.

Abg. **Gröber** (Ctr.): Meine politischen Freunde werden für den Antrag Winterer stimmen. Fürst Bismarck sagte einmal, wir müßten Geduld mit den Elsässern haben. Ist dieses Programm auch immer inne gehalten? Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hat sich 1895 entschieden freundlicher ausgesprochen als heute. Er sagte damals, der Diktaturparagraph habe heute nur noch eine theoretische Bedeutung, (hört! hört!) er sei überhaupt nur zweimal angewandt worden, müsse aber bestehen bleiben, weil man ihn gegen die ausländischen Agitatoren brauche. Heute sprach der Reichskanzler ganz anders, doch scheint mir das Moment, das er besonders anführte, die Stimmung eines kleinen Theils der Bevölkerung, nicht beweiskräftig zu sein. Der Reichskanzler erwähnte auch die beabsichtigte Errichtung einer katholischen Fakultät in Straßburg. Was diese Angelegenheit mit dem Diktaturparagraphen zu thun hat, vermag ich nicht einzusehen. (Sehr wahr! im Centrum.) Das ist eine innere, kirchliche Frage (Sehr richtig! im Centrum), mag sie so oder so gelöst werden, der heilige Stuhl wird schon dafür sorgen, daß die Interessen der Katholiken gewahrt werden. (Beifall im Centrum.) Um die deutschfeindliche Presse zu treffen, hat die Regierung schon Waffen genug, das Strafgesetzbuch, das Preßgesetz u. s. w. und braucht keinen Diktaturparagraphen. Wenn man die elsaß-lothringische Bevölkerung gewinnen will, muß man ihr Liebe, Achtung und Vertrauen entgegenbringen. Man spricht jetzt immer von der Weltpolitik Deutschlands, da ist es doch recht kleinlich, wenn man eine Anzahl Staatsbürger noch als Stiefkinder behandelt. Weltpolitik läßt sich nur von großen Gesichtspunkten aus mit Großmuth treiben, aber nicht vom Standpunkte einer Krähwinkel-Politik. aus (Beifall im Centrum.)

Abg. **Singer** (Soz.): Die Stellung meiner Freunde ist bekannt, wir sind Gegner aller Ausnahmegesetze. Die Rede des Reichskanzlers hat keinen Beweis für die Nothwendigkeit des Diktaturparagraphen ergeben. Ueber die unerhörten Vergewaltigungen im Elsaß ist hier schon so viel geredet worden, daß es beinahe komisch klingt, wenn man sie leugnet. Der Diktaturparagraph bedeutet nichts als Chikanerie und Quälerei. Auf diese Weise wird Elsaß-Lothringen niemals an Deutschland gefesselt. Wer ohne solche Gewaltmaßregeln, ohne Belagerungszustand nicht regieren kann, der kann überhaupt nicht regieren. Eine solche Gewaltpolitik ist eines Kulturvolkes unwürdig. Prinz Hohenlohe sagte, daß der Diktaturparagraph aufrecht erhalten werden müsse, um internationale Angriffe abzuwehren. Aber keine Familie ist so international wie die der Hohenlohe. Es hieß einige Zeit sogar, ein Mitglied derselben würde sich seiner russischen Besitzungen wegen in Rußland naturalisiren lassen. Wenn die Verhältnisse im Elsaß so gut wären, wie der Prinz es darstellte, würden doch nicht die berufenen Vertreter desselben Jahr für Jahr hier ihre Klagen vorbringen. Auch in dem Wahlkreise des Prinzen Hohenlohe wird der Diktaturparagraph verurtheilt. Der Prinz ist gegen eine Minorität von 10 000 Stimmen gewählt worden, und er kann sich doch nicht als Vertreter der gesammten Wählerschaft seines Kreises hinstellen.

Abg. Dr. **Büsing** (nl.): Im Namen meiner Freunde habe ich eine kurze Erklärung abzugeben:

Die Mehrheit meiner politischen Freunde hat bei den früheren Verhandlungen über diesen Gegenstand auf dem Standpunkt gestanden, daß der Regierung, welche die Verantwortung für die Sicherheit der Reichslande zu tragen habe, dieses Machtmittel gelassen werden müsse, bis sie selbst erkläre, darauf verzichten zu können. Seit den letzten Verhandlungen sind nunmehr aber fünf Jahre vergangen. Da scheint es mir aber bedenklich zu sein, noch immer diesen Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten, der zweifellos die Bevölkerung erbittert und die Gemüther in dauernder Erregung erhält. (Beifall.) Wir möchten glauben, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo die gewöhnlichen, regulären Machtmittel des Staates vollständig ausreichen, um die Sicherheit und den Schutz gegen Unruhen zu verbürgen. Zu diesen gewöhnlichen, regulären Machtmitteln gehören ja auch die Paragraphen 2 und 3 des Preßgesetzes für Elsaß-Lothringen, durch die der ausländischen Presse gegenüber genug Fürsorge getroffen ist. Es hat mich, ich kann wohl sagen außerordentlich peinlich berührt, daß ein so großer Unterschied zwischen den Erklärungen des Reichskanzlers vor fünf Jahren und denen, die er heute abgegeben hat, besteht. Es besteht eigentlich ein ganz diametraler Gegensatz zwischen beiden Erklärungen. Damals sagte er, die Regierung bedürfe dieses Paragraphen nicht gegenüber der Bevölkerung, heute sagt er, sie bedürfe seiner gegenüber einer Minderheit. Das ist doch das gerade Gegentheil! Damals sagte er, er gebe zu, daß der Paragraph die Bevölkerung sehr peinlich berühren müsse. Das ist doch ein großes Zugeständniß. Dasselbe wird jedoch wieder durch seine heutigen Worte zurückgenommen, die Erregung über den Paragraphen sei mehr oder weniger durch künstliche Agitation hervorgerufen. Ich bedaure ganz außerordentlich diesen Widerspruch. Ich möchte nicht glauben, daß der Reichskanzler damit hat sagen wollen, daß die Verhältnisse sich in den fünf Jahren verschlechtert haben. Damals war der Reichskanzler sehr entgegenkommend, heute sagte er, er bedürfe noch des Paragraphen, um allen Eventualitäten zu begegnen. Ich kann aber nicht anerkennen, daß die Gründe, die der Reichskanzler und der Prinz Hohenlohe für das Ausnahmegesetz angeführt haben, stichhaltig gewesen sind. Wenn der Reichskanzler aber gar sagt, ein so hoher Beamter wie der Unterstaatssekretär von Koeller habe während einer vierjährigen Amtsthätigkeit den Diktaturparagraphen noch nicht einmal gelesen, so ist dies doch der beste Beweis dafür, daß derselbe überflüssig ist. (Sehr richtig!) Wenn die Regierung den Diktaturparagraphen für nöthig hält, so ist es ihre Sache, den Nachweis zu erbringen, daß die regulären Machtmittel des Staates nicht ausreichen. Dieser Beweis ist aber weder erbracht, noch überhaupt angetreten worden. Ich glaube daher, es ist endlich an der Zeit, mit diesem Ausnahmezustand aufzuräumen; der Schaden, den er anrichtet, ist zweifellos viel größer, als der etwaige Nutzen, den man vielleicht einmal erwartet. (Sehr richtig!) Gerade durch die Beibehaltung des Diktaturparagraphen ladet die Regierung den Vorwurf unberechtigter Schwäche und Willkür auf sich; er ist das stärkste Hinderniß für die Ausbreitung des Deutschthums in Elsaß-Lothringen. (Sehr richtig!) Gerade im Interesse der Versöhnung und Verständigung mit der noch zurückstehenden Minderheit der dortigen Bevölkerung werden wir für die Beseitigung des Diktaturparagraphen stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Geheimer Ober-Regierungsrath **Halley:** Ich freue mich sehr über die Erklärung des Herrn Hauß, daß er und seine Freunde auf dem Boden der Reichsverfassung stehen; ich glaube aber, daß nachdem nun Elsaß-Lothringen dreißig Jahre lang zum Reiche gehört, die Erklärung stark nachgehinkt ist; sie verliert auch durch das Verhalten eines Theils der elsässischen Presse an Werth, die noch immer gegen die Regierung die schärfsten Angriffe richtet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(Redner verliest einen Zeitungsausschnitt, worin u. a. die Worte „Schweinerei“ und „Mistjauche“ vorkommen.) Die elsässische Regierung sucht so weit wie möglich mit den Reichsgesetzen auszukommen und widerstrebt auch der Einführung des Reichspreßgesetzes nicht grundsätzlich, nur paßt es für manche elsässische Verhältnisse nicht. Wir suchen jedenfalls soweit wie möglich das fremde Recht durch deutsche Rechtsnormen zu ersetzen. Ob die Erklärung des Abg. Hauß eine weitere Folge haben wird, wird die Zukunft lehren. Die Angriffe des Abg. Singer gegen die elsässischen Behörden muß ich entschieden zurückweisen.

Ab. **Arendt** (Rp.): Die große Mehrheit meiner Freunde wird auch diesmal gegen den Antrag stimmen. Wenn wir auch alle die Aufhebung des Diktaturparagraphen wünschen, so wünscht die Mehrheit meiner Freunde doch, daß die Initiative von der Regierung ausgehe. Ich persönlich werde für den Antrag stimmen, und ich bin durch alle Reden, welche gegen den Antrag gehalten worden sind, in meiner Ueberzeugung nur noch bestärkt worden. Die Bedenken, die die Regierung gegen den Antrag geltend zu machen gewußt hat, wiegen nicht so schwer wie die Vortheile, die die Aufhebung bringen würde. Für die Beamten ist so ein Paragraph ja sehr bequem; aber wozu soll man den Elsässern dies Agitationsmittel lassen? In der Rede des Reichskanzlers habe ich namentlich die Schlußsätze bedauert. Wir wollen Elsaß nicht behalten als ein erobertes Land, sondern wir wollen es innerlich germanisiren. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir durch die Aufhebung des Diktatur-Paragraphen die Position der deutschen Politik in der allgemeinen Politik sehr verstärken würden. Denn dadurch würden die Revanche-Ideen in Frankreich wieder mehr zurücktreten. Schon vor 10 Jahren bin ich für ein deutsch-französisches Bündniß eingetreten. Damals klang das sehr befremdend. Inzwischen haben aber die Ereignisse ihren Lauf genommen. Die deutschen und französischen Interessen werden immer übereinstimmender, namentlich auch auf wirthschaftlichem Gebiet. Das mag jetzt noch Zukunftspolitik sein. Aber wenn wir den Diktaturparagraphen aufheben, werden wir einen wesentlichen Schritt in der Richtung dieser Bestrebungen thun.

Abg. **Werner** (Antis.) erklärt, daß seine Partei für den Antrag Winterer stimmen werde. Der Diktaturparagraph müsse Unzufriedenheit in der Bevölkerung erregen, daß er so wenig angewandt werde, beweise doch gerade, daß die Elsässer loyale und ruhige Unterthanen seien.

Abg. **Rickert** (freis. Vg.): Ich beschränke mich darauf, zu erklären, daß meine Freunde wie stets in früheren Jahren auch diesmal für die Aufhebung des Diktatnrparagraphen stimmen werden. (Beifall.)

Abg. **Dr. Vonderscheer** (Elsässer): Der Abg. Prinz zu Hohenlohe hat sich durch seine heutige Rede in Gegensatz zu seinen Erklärungen gesetzt, die er früher bei der Wahl abgegeben hat. Damals hat er ausdrücklich erklärt, er würde sofort rückhaltlos und bedingungslos für die Aufhebung stimmen, heute aber hat er dagegen gesprochen. Daß der Prinz diese Erklärung abgegeben hat, ist mir von vertrauenswürdiger Seite versichert worden. Ich meine daher, daß die heutige Haltung des Prinzen bei seinen Wählern keine Zustimmung finden wird. Der Prinz hat sich auch als elsässischer Abgeordneter in Gegensatz zu fast allen anderen Rednern des Hauses gestellt. Ich bin dem Hause für die heutige Debatte und die wohlwollende Stellungnahme zu unserm Antrag dankbar. Mit besonderer Rührung habe ich die Rede des Abg. Groeber gehört, die Rede des Prinzen Hohenlohe jedoch hat mich mit Wehmuth und Entrüstung erfüllt. Allerdings ist der Prinz ja Bezirkspräsident.

Vizepräsident **von Frege**: Ich möchte den Herrn Redner bitten, die Abgeordneten nicht mit ihrem amtlichen Titel anzureden. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Vonderscheer** (fortfahrend): Die heutige Rede des Prinzen Hohenlohe hat den besten Beweis dafür geliefert, daß Verwaltungsbeamte nicht die berufsmäßigen Vertreter des Volkes sind. Wir treiben keineswegs eine Agitation mit dem Diktaturparagraphen, wenn unsere Wähler auch von uns verlangen, daß wir in erster Linie für die Aufhebung desselben eintreten.

Abg. **Winterer** (Elsässer): Ich erkläre namens meiner Freunde, daß unserem Antrage jedes agitatorische Moment fern liegt.

Abg. **Preiß** (Elsässer): Das sogenannte freie Preßgesetz, das jetzt im Elsaß eingeführt ist, kann uns gar nichts nützen, so lange der Diktaturparagraph besteht. Wenn Prinz Hohenlohe meint, die Elsässer seien jetzt glücklicher als früher, so werden ihm seine Wähler ob dieser Bemerkung ins Gesicht lachen. Die französische Regierung vor 100 Jahren war liberaler als die heutige deutsche Regierung. Wir werden von der Regierung als Bürger zweiter Klasse behandelt. Da muß das Gefühl der Verbitterung sich immer mehr steigern. Der einzig wirkliche Grund für die Beibehaltung des Paragraphen ist herzuleiten von dem Gesetze der Trägheit. Der Paragraph ist sehr bequem für die Regierung; das ist der Grund, weshalb sie den Paragraphen absolut aufrecht erhalten will.

Abg. **v. Levetzow** (k.): Auch uns gefällt der Diktaturparagraph nicht. Auch wir wünschen dringend, daß der Diktaturparagraph alsbald aufgehoben wird. (Zuruf von links: Aber?) Aber (Heiterkeit) die Regierung hat die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, und wenn sie ohne den Paragraphen diese Verantwortung nicht tragen zu können behauptet, so müssen wir noch etwas warten. Wir werden heute noch gegen den Antrag stimmen.

Hiermit schließt die Diskussion.

Nach einem Schlußwort des Abg. **Wetterle** (Elsässer) bemerkt persönlich

Abg. **Prinz Hohenlohe** (b. k. F.): Der Abg. Singer hat gesagt, das Haus Hohenlohe sei international und er hat darauf angespielt, daß ich vor einiger Zeit die Absicht gehabt haben soll, russischer Unterthan zu werden. Ob ich diese Absicht gehabt habe oder nicht, kommt hier nicht in Betracht: heute bin ich jedenfalls deutscher Unterthan und Abgeordneter. Wenn der Herr Abg. Singer von dem „internationalen“ Hause Hohenlohe sprach, so halte ich ihm entgegen, daß der Name Hohenlohe ein so urdeutscher Name ist, daß hier von Internationalität keine Rede sein kann. — Der Abg. Vonderscheer hat in einer gewissen Erregung gesprochen. Ich nehme ihm das nicht übel. Wenn Jemand von der Güte einer Sache überzeugt ist — und Herr Vonderscheer ist ja von der Nothwendigkeit der Abschaffung des Diktaturparagraphen überzeugt — so ist er ja zu einer gewissen Erregung berechtigt. Wogegen ich mich aber ausdrücklich wenden muß, und was ich nicht dulden kann, ist die Art, wie mir Herr Vonderscheer eine unrichtige Interpretation meines Programms vorwirft. Ob ich in Hagenau so und in Weißenburg so gesprochen habe, darüber will ich mit ihm heute nicht streiten. Ein stenographischer Bericht über diese Reden wird ihm ebenso wenig vorliegen als mir. Und auf das, was er von Ohrenzeugen gehört haben will, kommt es nicht an. In dem Wahlflugblatt meiner Gegner ist ausdrücklich gesagt, und die Wähler werden also ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß ich nicht unbedingt, sondern nur unter gewissen Voraussetzungen mich für die Aufhebung ausgesprochen hätte, daß ich hinzugefügt hätte, ich würde nur dann dafür stimmen, wenn die Regierung Waffen gegen die innere und äußere Störung erhielte. Den Vorwurf, heute eine unrichtige Haltung eingenommen zu haben, muß ich also energisch zurückweisen. Ich bitte also die Herren, die sich so über meine Haltung aufregen, und sogar glauben, im Namen meiner Wähler sprechen zu können, die nächsten Wahlen abzuwarten, dann wird es sich ja zeigen, wem die Wähler Recht geben.

Abg. **Singer** (Soz.): Wenn Prinz Hohenlohe sich darauf beruft, daß der Name seiner Familie urdeutsch sei, so beweisen die Gepflogenheiten der Familie, daß der Name hier nicht zur Sache gehört.

Da ein Widerspruch nicht erfolgt, tritt nunmehr das Haus sofort in die zweite Berathung ein. In derselben wird der in Form eines Gesetzentwurfs vorliegende Antrag Winterer mit großer Mehrheit angenommen. Dafür stimmen die Sozialdemokraten, die freisinnigen Parteien, das Centrum, die National-Liberalen, die Elsässer, die Polen, ein Theil der Reichspartei und einige Konservative.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr; Militäretat.

Schluß 5¾ Uhr.

Verantwortlicher Redacteur Felix v. Eckardt,
Druck u. Verlag der Badischen Landeszeitung G. m. b. H. in Karlsruhe.

Prachtvoll gelegene Villa.

In einer der berühmtesten Universitätsstädte Süddeutschlands mit bedeutendem Fremdenverkehr aus allen Welttheilen ist eine prachtvoll gelegene Villa, im Ganzen 23 bewohnbare Räume enthaltend, mit einem ca. 11 ar umfassenden, schattigen Berggarten, welcher direkt an die städtischen Hochwaldungen angrenzt, aus freier Hand, um den mäßigen Preis von Mk. 90,000.— gegen eine Anzahlung von Mk. 20,000.— zu verkaufen u. sofort oder auch an späterem Termin zu übernehmen. Die Villa hat eine dominierende Lage, von welcher man eine prächtige Rundsicht über die ganze Stadt und das Gebirge genießt und es eignet sich dieselbe eben so sehr zu einer Fremdenpension oder einer Privatklinik, als zu einem hochfeinen Herrschaftssitz. Kostenfreie Auskunft über alles Nähere erteilt das **Südd. Gesch.- u. Hyp.-Verm.-Inst. Stuttgart**, Moltkestraße 20. 45.3.3

Im 782.6.5
Räumungsverkauf
offeriere einen großen Posten
Vorhänge
mit 15% Rabatt.
Franz Tauer,
Kaiserstr. 112.

Georg Oehler,
Hofkonditor.
Fabrikation feiner Bonbons und Chokoladedesserts.
Thee- und Kaffee-Salon.
Karlsruhe,
Herrenstrasse 18
(nächst der Kaiserstraße),
122.— Telefon Nr. 352.

Feinstes dunkles
Culmbacher Exportbier
für Rekonvaleszente, Magenleidende, Wöchnerinnen 2c. 2c.
in 1/1 und 1/2 Flaschen, sowie in Gebinden empfiehlt 584.48.5
A. L. Beck,
Kaiserstraße 150. Telefon 335.
gegenüber dem Postneubau.

9.156.23

Das beste und berühmteste Toiletpuder ist
La VELOUTINE
Spezielle Poudre de Riz mit Bismuth bereitet
Von CH. FAY, Parfumeur, 9, Rue de la Paix, Paris
11.88.5

Zweite und letzte
Aachener Dombau-Geldlotterie.
Ziehung am 8., 9. u. 10. März 1900 unwiderruflich.
8 920 Gewinne und eine Prämie, zusammen mit Mk. 945 000.
Ganze Lose Mk. 10.—, Halbe Mk. 5.—, Viertel Mk. 2.50, Porto und Liste 30 Pfg., versendet 989.10.3
A. DINKELMANN, Worms, Lose-General-Debit.
Bei der ersten Aachener Lotterie im Juni 1899 fielen der erste und zweite Hauptgewinn von 200 000 Mk. und 100 000 Mk. auf die Nummern 62591 und 190 091 in meine Haupt-Kollekte.

Zuntz Java-Caffee

aus der Dampf-Kaffee-Brennerei von
A. Zuntz sel. Wtwe
Königl. Grossherzogl. etc. Hofl.
Bonn * Berlin * Hamburg
wird allen Freunden einer wirklich guten Tasse Kaffee bestens empfohlen. — Sorgfältigste Auswahl u. sachgemässe Mischung nur edelster Rohsorten, verbunden mit langjährig bewährter Brennmethode, gewährleisten einen stets gleichmässigen Aufguss, der den höchsten Anforderungen an Wohlgeschmack, Kraft und Ergiebigkeit vollauf entspricht.

ff. Mocca-Mischung	à M. 2.—	Ia gebr. Java-Caffee	à M. 1.90.
IIa gebr. Java-Caffee	„ „ 1.80.	Haushalts- „	„ „ 1.70.
Wiener Mischung	„ „ 1.60.	Hamburger Mischung I	„ „ 1.50.
Hamburger „ II	„ „ 1.40.	Berliner „	„ „ 1.20.

per 1/2 Kilo
Käuflich in **Karlsruhe** bei
Herm. Baumann, Ecke Kaiser- und Kreuzstr., **Friedr. Benzel**, Ecke d. Karl- u. Amalienstr. 14b, **S. Blum**, Kaiserstr. 154, **K. Friedrich We.**, Zähringerstr., **Carl Hager**, Grossh. Hofl., **Aug. Klingele**, Amalienstr. 71, **Adolf Körner**, Sophienstr. 66, **Victor Merkle**, Ecke Kaiser- und Douglasstr., **Carl Roth**, Grossh. Hofl., Herrenstr., **A. van Venrooy**, Ecke Leopold- u. Sophienstr. 327.20.18

Institut Almonte, Freiburg i. B.
Haushaltungs-Pensionat mit Gelegenheit zu sprachlicher u. wissenschaftl. Ausbildung.
Gründl., gewissenh. Ausbild. Sorgfält. Erziehung. Ausländ. u. geprüfte Lehrerin i. Hause. Freie Wahl der Lehrfächer. Umgangssprache franz. u. engl. Ia. Refer. Prosp. u. jede gewünschte Auskunft d. d. Vorsteh. 650.50.8 Frau **Clara Hellige.**

Empfehle große Auswahl in unreparierten Möbeln 525.10.10
Antique
100 Stühle u. Sessel, 100 Schränke, Büffets, Tische u. s. w.
Dekorationsgegenstände jeder Art. Billigster Einkauf für Händler.
C. Tröster, Straßburg i. E., Grünebruchstr. 21.

General-Vertreter für Baden
J. G. Deisz, 8.36 6
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 68.

Pianinos,
gut renoviert,
zu M. 120, 250, 370, 450,
Klaviere,
ebenfalls gut hergerichtet, zu M. 30, 80, 100, 180, 220 unter Garantie zu verkaufen bei **M. Hack,** Grüne Grünwald, 2 Treppen, kein Laden! 927.3.3

Honig.
Feinsten, garantiert reinen, unverfälschten Bienenhonig vers. die 10 Pfd.-Dose zu 6,50 M. franko **A. Steinkamp,** Imkerei in **Cloppenburg,** Großherzth. Oldenburg. 600.41.18

Vernickelung
neuer und alter Gegenstände liefert in feinster Ausführung 470.20.11
Fischer & Kiefer,
Syphon- u. Kohlensäur.-Apparatefbk.
Karlsruhe, Wilhelmstr. 57.

Spanischer Portwein.
Naturreinheit garantirt. Reconvalescenten zur Stärkung empfohlen à Flasche Mk. 1.25
Probepostsendung 3 Fl. incl. Packung Mk. 4.00
C. Spielhagen, Dresden, Ferdinandplatz.
75.52.42

Wer Interesse für die Börse hat, lese die 711.—3
„Berliner Börsen-Kritik“.
Probenummern gratis u. franko.
Verlag und Expedition:
Berlin W., Leipzigerstrasse 101 102.

Patent-Bureau Karlsruhe
C. KLEYER Kriegstr. 109.
INGENIEUR & PATENTANWALT
12.150.34
Filiale Mannheim C 2, 7.

Pottiez-Schroff,
Werderstrasse 57,
empfehlen ihr reich sortiertes Lager aller Arten Kasten- und Polstermöbel; ganze Zimmereinrichtungen, Aussteuern, Betten, Stühle, Spiegel, Bettfedern, Roßhaare 2c. zu billigen Preisen.
Eigene Tapezierwerkstätte im Hause. 797.10.5

Grundkapital:
Vier Millionen Mark
BADISCHE FEUER-VERSICHERUNGS BANK
KARLSRUHE.
Versicherung
von Gebäuden, sowie Fahrnissen jeder Art, als: häusliches Mobiliar, landwirthschaftliche Erzeugnisse und Geräthe, Vieh, Fabrik-Einrichtungen und -Vorräthe, Waarenlager etc. etc. gegen Feuer-, Blitz- und Explosions-Gefahr.
Mässige und feste Prämiensätze.
Auskunft, sowie Prospecte und Antrags-Formulare verabfolgen bereitwilligst
Die Direction in Karlsruhe
sowie sämmtliche Vertreter der Bank.
Tüchtige Agenten jederzeit gesucht.
326.26.18

en gros **Apfelwein** en détail
Ia Qualität, vorzüglich und erfrischendes Getränk empfiehlt
Carl Frantzmann,
Apfelweinkelterei, 715.8.6
Durlach, Baden.
Versandt in Gebinden von 30 Liter an.

Neuarbeit u. Reparaturen
von Gold- u. Silberwaren etc.
billigst 104.52.-9
F. Scheifele, Adlerstr. 13.

Fräulein, gebild., evangel., aus sehr achtb. Familie, 30—40jähr., in allen Zweigen der Häuslichkeit perfekt bewandert, treu, zuverlässig und gewandt ist, als Stütze der Hausfrau i. e. Kurort während d. Badesaison gesucht. Bei zufriedenstell. Leistung Familienanschluß. Ausführliche Anträge m. Zeugnissen und Photographie erbeten an die Exped. d. Bl. unter Nr. 986.3.2

Heirat. Senden Sie nur Adresse. Sofort erhalten Sie über 400 reiche, reelle Partien, m. Bild., in colossaler Auswahl. **„Reform“, Berlin 14.** 672.13.11

Junger, tüchtiger
Bautechniker,
auf Bureau und Baustelle gründlich vertraut, zum baldigen Antritt gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen befördert die Exped. ds. Bl. unter Nr. 1011.3.2